

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 13. März 2017 / AG
VL AIA divers ab 2018/2019

Elektronischer Versand: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten ab 2018/2019 mit Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika, Chile, Israel, Neuseeland, Andorra, den Faröer Inseln, Grönland, Monaco, San Marino, Barbados, Bermuda, den Britischen Jungferninseln, den Cayman Inseln, Mauritius, den Seychellen, den Turks und Caicos Inseln sowie Uruguay

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten ab 2018/2019 mit China, Indonesien, Russland und Saudi-Arabien, Liechtenstein, Kolumbien, Malaysia, die Vereinigten Arabischen Emirate, Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, die Cookinseln sowie die Marshallinseln

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten zwei Vorlagen danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen steht der Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten (AIA) mit den vorgeschlagenen Staaten sehr kritisch gegenüber.

Die Forderungen der FDP bezüglich Einführung eines AIA sind, wie bereits in vorherigen Vorlagen formuliert, wie folgt:

- 1.) Das Vorhandensein von Regularisierungsmöglichkeiten im jeweiligen Partnerstaat.
- 2.) Der Datenschutz und das Spezialitätsprinzip sind im Partnerstaat gewährleistet.
- 3.) Gleich lange Spiesse für alle: Der Datenaustausch des Partnerstaates ist standardkonform betreffend Qualität der Daten und reziprok gegenüber der Schweiz und anderen wichtigen Staaten.

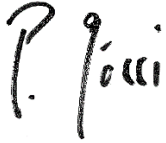
Wir orten in allen drei Punkten grosse Mängel bei einer Vielzahl der vorgeschlagenen AIA-Partnerstaaten.

Insbesondere bezüglich Vertraulichkeit und Spezialitätsprinzip äussern wir starke Vorbehalte. Bei einigen der vorgeschlagenen AIA-Partnerstaaten besteht ein grosses Risiko, dass die gelieferten Informationen für andere als Steuerzwecke missbraucht werden. Keiner der Staaten der zweiten Vorlage - mit Ausnahme von Liechtenstein - erreicht gemäss dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) die Note „angemessen“. Die FDP wird einer Lieferung von Kontodaten an diese Staaten nicht zustimmen, solange nicht gewährleistet werden kann, dass rechtsstaatlich konform mit den versandten Daten umgegangen wird. Die relevanten Finanzplätze müssen zudem einer Lieferung von Daten in diese Staaten ebenfalls zustimmen, damit die Schweiz ihr Einverständnis zur Lieferung geben kann.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz